

Inhaltsverzeichnis

Univ.-Doz. DDr. Heinz Mayer

Die Kompetenzverschiebungen zwischen Bund und Ländern

I. Allgemeines	9
II. Die Neugestaltung der Gesetzgebungskompetenzen	11
A. Die Bedarfsgesetzgebung nach Art 11 Abs 2 B-VG	11
B. Die Grundsatzgesetzgebung des Bundes und die Ausführungsgesetzgebung der Länder	16
C. Sonderfälle	19
1. Die Wahrung des öffentlichen Anstandes und die Lärmabwehr	19
2. Die Privatzimmervermietung	19
3. Das Dienstrecht	20
4. Das Arbeitsrecht	20
5. Die Angelegenheiten der künstlerischen und wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen	20
6. Die Statistik	21
7. Die Aufhebung des Art 17 Abs 2 B-VG	21
8. Das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen	22
III. Neuregelungen im Bereiche der Vollziehung	23
A. Der Instanzenzug im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung	23
B. Die Betrauung unmittelbarer Bundesbehörden mit der Vollziehung in erster Instanz im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung	24
C. Die Mitwirkung der Länder beim Abschluß und bei der Durchführung von Staatsverträgen	25
IV. Schluß	26

Univ.-Prov. Dr. Heinz Peter Rill

Abschluß, Transformation und Durchsetzung von Verträgen gemäß Art 15 a B-VG

I. Die neue Rechtslage seit der Bundesverfassungsgesetznovelle 1974	27
II. Einteilung der Verträge gemäß Art 15a B-VG	30
III. Der Abschluß von Verträgen gemäß Art 15a B-VG	31
1. Vorbemerkung	31
2. Der Abschluß von Verträgen über Gegenstände der Gesetzgebung	31
a) Abschluß durch den Bund	31
b) Abschluß durch das Land	34
3. Der Abschluß von Verträgen über Gegenstände der Verwaltung	37
a) Abschluß durch den Bund	37
b) Abschluß durch das Land	38

	Seite
IV. Die Transformation von Verträgen gemäß Art 15a B-VG	39
1. Vorbemerkung	39
2. Die Transformation von Verträgen über Gegenstände der Gesetzgebung .	39
a) Transformation auf Seite des Bundes	39
b) Transformation auf Seite der Länder	40
3. Die Transformation von Verträgen über Gegenstände der Verwaltung ...	42
a) Transformation auf Seite des Bundes	42
b) Transformation auf Seite der Länder	42
V. Die Durchsetzung von Verträgen gemäß Art 15a B-VG	44
1. Vorbemerkung	44
2. Der Rechtsweg vor die staatlichen Gerichte	44
a) Art 137 B-VG	44
b) Art 138a B-VG.	45

Univ.-Doz. Dr. Bernd-Christian Funk

Die Anfechtung verfahrensfreier Verwaltungsakte bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts

I. Das Thema und seine weitergreifenden Bezüge	49
II. Identifikationsfragen	53
A. Die faktische Amtshandlung	53
1. Übersicht über die Genealogie der Rechtsgrundlagen und die Entwicklung der verfassungsgerichtlichen Rechtssprechung	53
2. Zum theoretischen Vorverständnis: Differenzierung der Erscheinungsformen der faktischen Amtshandlung	59
a) Befehlende Akte	59
b) Physische Sanktionen	60
c) Andere Rechtseingriffsakte	60
3. Allgemeine akttypische Faktoren	63
a) Relative Formfreiheit	63
b) Inhomogenität und Komplexität	64
c) Begriffliche Mobilität	65
4. Aufschlüsselung der Merkmale	66
a) Zurechenbarkeit zur Staatsfunktion Verwaltung	67
b) Hoheitlicher Charakter	67
c) Einzelpersonsbezogenheit	68
d) Selbständigkeit als Verwaltungsakt	69
B. Das Verhältnis zwischen faktischer Amtshandlung (verfahrensfreiem VA) und „Befehls- und Zwangsgewalt“ iS der neuen Diktion des B-VG	72
1. Verbale Aspekte als mögliche Indizien für eine Verengung des Anfechtungsgegenstandes	72
2. Plädoyer für die Gleichsetzung von altem und neuem Anfechtungsgegenstand	72
III. Verfahrensfragen	73
A. Vereinheitlichung der beiden Beschwerdearten als Grundtendenz der Neuregelung	73
B. Zu den Prozeßvoraussetzungen	73

1. Angaben betr den Beschwerdegegenstand	73
2. Erschöpfung des Instanzenzuges	74
3. Frist	75
C. Beziehungen zum Amtshaftungsverfahren	75
D. Inhalt und Folgen meritorischer Entscheidungen	76

Univ.-Prof. DDr. Robert Walter

Die Neuregelung der Verordnungs- und Gesetzesprüfung

I. Einleitung	79
1. Die Regierungsvorlage und der Ausschlußbericht zum vorliegenden BVG	79
2. Die Vorgeschichte und ihre Bedeutung	80
II. Die Neuerungen auf dem Gebiete der Verordnungsprüfung	82
1. Gegenstand der Verordnungsprüfung	82
a) Bestehende Probleme	82
b) Zur Regelung der Bedeutung der Verordnungskundmachung	82
c) Rechtspolitische Würdigung	84
2. Die zur Anfechtung Berufenen	84
a) Die Erweiterung der Anfechtungslegitimation	84
b) Rechtspolitische Würdigung	87
3. Das Anfechtungsverfahren	87
a) Die Fortführung des Prüfungsverfahrens trotz Klaglosstellung	87
b) Die Erweiterung der Aufhebungskompetenz des VfGH	88
c) Der Wegfall der Unterbrechung ex constitutione	89
4. Die Prüfung außer Kraft getretener Verordnungen	89
5. Die Wirkung des Erkenntnisses	90
III. Die Neuerungen auf dem Gebiete der Gesetzesprüfung	92
1. Gegenstand der Gesetzesprüfung	92
2. Die Anfechtungslegitimation	92
3. Die Fortführung des Prüfungsverfahrens trotz Klaglosstellung	96
4. Die Erweiterung der Aufhebungskompetenz des VfGH	96
5. Die Prüfung außer Kraft getretener Gesetze	96
6. Die Wirkung des Erkenntnisses	97
IV. Die Normierung der Initiative zu incidenter Gesetzes- und Verordnungsprüfung	97
V. Abschließende Bemerkungen	99

Diskussionsbericht von Univ-Ass. Dr. Wolfgang Hackl	101
--	-----

Anhang: Novellen zum Bundes-Verfassungsgesetz v 1. 1. 1974 – 31. 12. 1975	111
---	-----